

Jahresabschluss 2022

Energie Vorpommern GmbH

6. Wiedergabe des erteilten Bestätigungsvermerks

69 Wir haben dem Jahresabschluss der Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide, zum 31.12.2022 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 (Anlage 4) den folgenden, uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

70 "BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Energie Vorpommern GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energie Vorpommern GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energie Vorpommern GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deut-

schen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresab-

schluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

2. Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteil

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 eingehalten hat.

Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG" weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unser Prüfungsurteil zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde."

- 71 Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Kiel, 12.05.2023

ATN Allgemeine Treuhand Nord
Revisions- und Beratungsgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



(Hoffmann-Wülfing)
- Wirtschaftsprüfer -

(Werth)
- Wirtschaftsprüfer -

Anlagen

BILANZ zum 31.12.2022

Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €		Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	6.200.000,00	6.200.000,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	913,61	II. Gewinnrücklagen		
II. Sachanlagen			1. Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	1.199.880,59	1.199.880,59
1. Grundstücke und Bauten	21.670,23	22.159,03	2. Andere Gewinnrücklagen	<u>4.685.948,72</u>	<u>4.685.948,72</u>
2. Technische Anlagen und Maschinen	879.131,44	939.108,03		5.885.829,31	5.885.829,31
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	172.537,14	172.730,86	III. Gewinnvortrag	88.278,60	190.059,53
4. Anlagen im Bau	<u>155.735,25</u>	<u>102.702,16</u>	IV. Jahresüberschuss	<u>2.901.723,31</u>	<u>2.398.219,07</u>
	1.229.074,06	1.236.700,08		15.075.831,22	14.674.107,91
III. Finanzanlagen			B. Rückstellungen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.669.085,01	18.669.085,01	1. Rückstellungen für Pensionen	726.402,00	615.370,00
B. Umlaufvermögen			2. Steuerrückstellungen	661.302,52	164.212,52
I. Vorräte			3. sonstige Rückstellungen	<u>2.173.842,01</u>	<u>1.908.878,67</u>
sonstige Vorräte	0,00	1.482.010,15		3.561.546,53	2.688.461,19
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			C. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.556.152,31	3.835.639,59	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.415.625,00	1.563.125,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	568.992,63	0,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.402.804,78	708.582,97
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>839.055,65</u>	<u>441.655,89</u>	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	1.166.340,14
	4.964.200,59	4.277.295,48	4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.788.010,94</u>	<u>5.259.790,94</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	376.966,34	385.488,74		6.606.440,72	8.697.839,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.492,47	8.915,08	- davon aus Steuern € 946.160,67 (€ 443.713,05)		
	<u>25.243.818,47</u>	<u>26.060.408,15</u>		<u>25.243.818,47</u>	<u>26.060.408,15</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	26.320.452,82	20.360.705,06
2. Sonstige betriebliche Erträge	107.621,36	81.595,50
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-14.342.097,03	-10.277.802,21
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-6.659.668,38</u>	<u>-5.917.996,51</u>
	-21.001.765,41	-16.195.798,72
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-516.762,94	-340.710,73
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-69.030,53</u>	<u>-64.186,30</u>
	-585.793,47	-404.897,03
5. Abschreibungen	-100.419,79	-91.913,83
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.805.551,49	-1.671.331,89
7. Erträge aus der Gewinnabführung	1.316.648,29	1.299.945,04
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.227,78	24.400,64
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-56.242,34	-81.793,76
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-1.286.665,17</u>	<u>-904.032,18</u>
11. Ergebnis nach Steuern	2.927.512,58	2.416.878,83
12. Sonstige Steuern	-25.789,27	-18.659,76
	<hr/>	<hr/>
13. Jahresüberschuss	<u>2.901.723,31</u>	<u>2.398.219,07</u>

Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide

Anhang

Allgemeine Angaben

Der Sitz der Gesellschaft ist Trassenheide. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRB 2443 im Register beim Amtsgericht Stralsund eingetragen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 ist nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewendet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Bei den Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind die Anschaffungskosten um planmäßige Abschreibungen vermindert. Bei der Nutzungsdauer wird grundsätzlich auf die Nutzungsdauer des wirtschaftlichen Werteverzehrs abgestellt. Zu deren Ermittlung werden die steuerlichen Abschreibungstabellen herangezogen, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der Bandbreite handelsrechtlich zulässiger Nutzungsdauern liegen. Die verwendeten Nutzungsdauern sind:

	Nutzungsdauer
Immaterielle Vermögensgegenstände	3 Jahre
Grundstücke und Bauten	50 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	5 bis 20 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 bis 20 Jahre

Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2010 werden ausschließlich linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Es wurde von dem Wahlrecht gem. Art. 67 Abs. 4 EGHGB Gebrauch gemacht und die Wertansätze fortgeführt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von 800 EUR sind voll abgeschrieben.

Die Anteile an verbundenen und beteiligten Unternehmen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungskosten gem. § 253 Abs. 1 HGB bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden erkennbare Einzelrisiken durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wurde durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % auf die Netto-Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Innerhalb der Forderungen aus Energielieferungen sind erhaltene Abschlagszahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch unserer Kunden verrechnet. Die Ermittlung der abgegrenzten Forderungen erfolgt kundenindividuell unter Berücksichtigung von Gesamtmengen.

Die liquiden Mittel entsprechen den Nominalwerten.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen. Die Auflösung des Postens erfolgt linear entsprechend dem Zeitablauf.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handels- und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des Ertragssteuersatzes von aktuell 30,0 %. Der kombinierte Ertragssteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung wird vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr ergeben sich aktive Steuerlatenzen im Wesentlichen aufgrund von temporären Wertdifferenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen bei den Pensions- und den sonstigen Rückstellungen von T€ 113.

Das Gezeichnete Kapital ist mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt einheitlich nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Anwendung der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen üblichen Projected Unit Credit Methode. Für die Abzinsung der Pensionsverpflichtung wird der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. 10 Geschäftsjahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von

15 Jahren zugrunde gelegt. Weiterhin sind ein Gehaltstrend und eine Rentendynamik berücksichtigt. Den versicherungsmathematischen Rückstellungsberechnungen liegen im Wirtschaftsjahr 2022 als Rechnungsgrundlagen die Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck auf der Basis eines Zinsfußes von 1,78 % p.a. für 10 Jahre Durchschnittsbildung (Vorjahr 1,87 % p.a.) sowie 1,44 % p.a. für 7 Jahre Durchschnittsbildung (Vorjahr 1,35 % p.a.) zugrunde. Hierbei wurde wie im Vorjahr eine Rentendynamik mit 0,00 % p.a., 1,00 % p.a. bzw. 2,00 % p.a. einbezogen.

Als Bewertungsendalter werden grundsätzlich die frühestmöglichen Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Regelungen des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes vom 20.04.2007 herangezogen.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen auf der Grundlage einer vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Abschlussstichtag vorgenommen. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank monatlich bekannt gegeben werden.

Die erhaltenen Anzahlungen sind um die darin enthaltene Umsatzsteuer vermindert (Nettomethode).

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Neben den Forderungen aus der Abrechnung von Energielieferungen werden hier auch die Forderungen aus abgegrenzten, noch nicht fakturierten Lieferungen und Leistungen (T€ 9.444; Vorjahr T€ 6.258) erfasst, die mit den hierfür erhaltenen Teilbeträgen (T€ 8.523; Vorjahr T€ 4.278) verrechnet wurden.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen von T€ 569 (Vorjahr Verbindlichkeiten von T€ 1.166) betreffen ausschließlich die Gasversorgung Vopommern Netz GmbH. Diese resultieren aus Forderungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr von T€ 717 (Vorjahr T€ -428), den Forderungen aus der Ergebnisabführung von T€ 2.616 (Vorjahr T€ 1.300) sowie Verbindlichkeiten aus dem Finanzclearing von T€ 2.763 (Vorjahr T€ 2.038).

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen betreffen Pensionsverpflichtungen, die auf Grund des Tarifvertrages über die betriebliche Zusatzrentenversicherung der energie- und versorgungswirtschaftlichen Unternehmen vom 9. Oktober 1990 und 16. Oktober 1992 sowie aufgrund der Versorgungszusage gegenüber den früheren Geschäftsführern bestehen.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungsbetrag, der sich zum 31.12.2022 bei Diskontierung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt, zu dem Erfüllungsbetrag nach den geänderten neuen biometrischen Rechnungsgrundlagen „Heubeck-Richttafeln 2018 G“, unterliegt gem. § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre. Der Unterschiedsbetrag ermittelt sich wie folgt:

Erfüllungsbetrag bei zehnjähriger Durchschnittsbildung	726.402 €
<u>Erfüllungsbetrag bei siebenjähriger Durchschnittsbildung</u>	<u>758.108 €</u>

Unterschiedsbetrag aufgrund der unterschiedlichen <u>Durchschnittsbildung, der einer Ausschüttungssperre unterliegt</u>	<u>31.706 €</u>
--	------------------------

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen mit T€ 3 (Vorjahr T€ 1) Rückstellungen im Bereich Personalwesen, mit T€ 13 (Vorjahr T€ 13) Prüfungskosten sowie mit T€ 2.013 (Vorjahr T€ 1.787) ausstehende Rechnungen. Es wurde weiterhin eine Rückstellung für Drohverluste T€ 145 gebildet (Vorjahr T€ 108).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	Restlaufzeit			
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	147.500,00	590.000,00	678.125,00	1.415.625,00
(Vorjahr)	(147.500,00)	(590.000,00)	(825.625,00)	(1.563.125,00)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.402.804,78	0,00	0,00	2.402.804,78
(Vorjahr)	(708.582,97)	(0,00)	(0,00)	(708.582,97)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
(Vorjahr)	(1.166.340,14)	(0,00)	(0,00)	(1.166.340,14)
Sonstige Verbindlichkeiten	2.788.010,94	0,00	0,00	2.788.010,94
(Vorjahr)	(5.259.790,94)	0,00	(0,00)	(5.259.790,94)
Gesamt	5.338.315,72	590.000,00	678.125,00	6.606.440,72
(Vorjahr)	(7.282.214,05)	(590.000,00)	(825.625,00)	(8.697.839,05)

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Steuerverbindlichkeiten in Höhe von T€ 946 (Vorjahr T€ 444) enthalten. Im Vorjahr wurden zudem Verbindlichkeiten aus Finanzclearing gegenüber einem dritten Unternehmen in Höhe von T€ 3.999 ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Umsatzerlöse

Die im Inland erzielten Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2022 T€	2021 T€
Strom einschließlich Stromsteuer abzüglich Stromsteuer	5.168 - 438	4.670 - 386
	4.730	4.284
Gas einschließlich Erdgassteuer abzüglich Erdgassteuer	21.030 - 1.877	15.677 - 1.786
	19.153	14.892
Sonstige	2.437	1.185
Gesamt	26.320	20.361

Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Neben den branchenüblichen aperiodischen Effekten aus der Verbrauchsabgrenzung und Bezugs-korrekturen sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen T€51 (Vorjahr T€37) und in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€122 (Vorjahr T€47) enthalten, die anderen Geschäftsjahren zuzu-ordnen sind.

In dem Posten "Zinsen und ähnliche Aufwendungen" sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€19 (Vorjahr T€44) enthalten.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen von T€201.125 betreffen:

	Fälligkeiten im folgenden Geschäftsjahr	Fälligkeiten in den folgenden Geschäftsjahren
	T€	T€
Netznutzungsverträge	9.384	29.150
Energielieferverträge	39.119	120.417
Dienstleistungsverträge	1.005	2.051
Gesamt	49.507	151.618

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen T€26.680 (Vorjahr T€22.020) verbunde-ne Unternehmen und T€3.055 (Vorjahr T€2.956) Gesellschafter.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden 9 Arbeitnehmer (Vorjahr 8) beschäftigt, davon 1 geringfügig Beschäftigter.

Geschäftsführung

Udo Arndt, Trassenheide

Andreas Wollkopf, Stutensee (seit 01.10.2022).

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Es wurde eine Rückstellung mit T€726 für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsleitung gebildet.

Aufsichtsrat

Stefan Weigler, Bürgermeister der Stadt Wolgast, Vorsitzender (bis 17.10.2022)

Martin Schröter, Bürgermeister der Stadt Wolgast, Vorsitzender (seit 25.11.2022)

Matthias Boxberger, Vorsitzender des Vorstands und Vorstand Technik der HanseWerk AG, Quickborn, stellvertretender Vorsitzender

Kerstin Teske, Amt Usedom-Nord

Michael Ebert, HanseWerk AG, Quickborn

Laura Isabelle Mariken, Bürgermeisterin der Gemeinde Ostseebad Heringsdorf

Werner Schön, Bürgermeister der Gemeinde Zempin

Arne Wendt, Geschäftsführer SERVICE plus GmbH, Neumünster

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr €2.530,00 (Vorjahr €2.300,00) an Bezügen erhalten.

Angaben gemäß § 6b EnWG

Die Energie Vorpommern GmbH hat im Geschäftsjahr 2022 Geschäfte größeren Umfangs gemäß § 6b Abs. 2 EnWG mit den folgenden Unternehmen durchgeführt:

- Bezug von sonstigen Leistungen, insbesondere kaufmännische Betriebsführung von der SERVICE plus GmbH, Neumünster, mit einem Volumen von T€984 (Vorjahr T€972).
- Finanzclearing mit der HanseWerk AG, Quickborn, zu marktüblichen Konditionen.
Es fielen Zinsaufwendungen über T€13 (Vorjahr T€9) an.
- Finanzclearing mit der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH, Trassenheide, zu marktüblichen Konditionen.
Es fielen keinerlei Zinsaufwendungen oder Zinserträge an.
- Gewinnübernahme mit der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH, Trassenheide.
Hieraus resultierten Erträge im Geschäftsjahr von T€1.316 (Vorjahr T€1.469).

Anteilsbesitz und Konzernbeziehungen

Die Energie Vorpommern GmbH ist zu 100% an der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH beteiligt. Das Eigenkapital beträgt T€ 30. Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Von der Aufstellung eines Konzernabschlusses ist die Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide, gemäß § 293 HGB befreit.

Abschlussprüfer

Für die Leistungen des Abschlussprüfers wurden in 2022 folgende Leistungen erfasst:
Jahresabschlussprüfung T€ 13

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, lagen nicht vor.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, von dem Jahresüberschuss 2022 € 2.200.000,00 an die Gesellschafter auszuschütten und € 701.723,31 auf neue Rechnung vorzutragen.

Trassenheide, 04. Mai 2023

Die Geschäftsführer



Udo Arndt



Andreas Wollkopf

Energie Vorpommern GmbH, Trassenheide

Lagebericht

I.	Grundlagen der Energie Vorpommern GmbH	2
1.	Geschäftsmodell der Energie Vorpommern GmbH	2
2.	Ziele und Strategien	2
3.	Forschung und Entwicklung	4
II.	Wirtschaftsbericht	4
1.	Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen	4
2.	Geschäftsverlauf	6
3.	Lage	9
	a) Ertragslage	9
	b) Finanz- und Vermögenslage	10
4.	Finanzielle Leistungsindikatoren	11
5.	Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	11
III.	Nachtragsbericht	12
IV.	Prognosebericht	12
V.	Chancen- und Risikobericht	13
1.	Risikobericht	14
2.	Chancenbericht	17
3.	Gesamtaussage	18
VI.	Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten	18
VII.	Bericht über Zweigniederlassungen	19

I. Grundlagen der Energie Vorpommern GmbH

1. Geschäftsmodell der Energie Vorpommern GmbH (EVP)

Die Energie Vorpommern GmbH (EVP) wurde 1991 von der Stadt Grimmen, Stadt Gützkow, Kreisverwaltung Wolgast und Hamburger Gaswerke GmbH gegründet. 1992 erfolgte eine Erhöhung des Stammkapitals und der Beitritt weiterer Gesellschafter (Gemeinden: Ahlbeck, Bansin, Heringsdorf, Karlsburg, Karlshagen, Koserow, Loddin, Trassenheide, Ückeritz, Zempin und Zinnowitz).

Die Energie Vorpommern GmbH versorgt ihre Kunden in der Region Vorpommern seit 30 Jahren mit Erdgas. Dabei wurde hauptsächlich das Gasverteilnetz im Eigentum der Tochtergesellschaft Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH genutzt. Kundenverluste durch den Wettbewerb im eigenen Netz werden durch den Vertrieb außerhalb des Netzgebietes ausgeglichen. Damit werden verstärkt auch die Gasnetze weiterer Netzbetreiber in Mecklenburg-Vorpommern zur Versorgung der Kunden herangezogen. Zusätzliche Dienstleistungsangebote bestehen im Bereich von vorhandenen und regelmäßig neu errichteten dezentralen Wärmeversorgungsanlagen.

Auf der Grundlage von Kundennachfragen hat die GmbH im Jahr 2015 begonnen, einen Stromvertrieb aufzubauen und dieses Angebot in den letzten Jahren kontinuierlich weiter ausgebaut. Um diese Leistungen entsprechend darzustellen, wurde die Geschäftsführung mit der Umsetzung der Umbenennung von ehemals Gasversorgung Vorpommern GmbH zu Energie Vorpommern GmbH und der damit notwendigen Anpassung des Gesellschaftervertrages beauftragt.

Seit dem 23.11.2016 gehören zum Gegenstand des Unternehmens die Lieferung, Beschaffung und die Erzeugung von Gas, Strom und Wärme und die Beteiligung an Unternehmen, deren Gegenstand der Betrieb von Energienetzen ist.

Die EVP hat in größerem Umfang Dienstleistungen von der SERVICE plus GmbH aus Neumünster bezogen.

2. Ziele und Strategien

Das Ziel der Energie Vorpommern GmbH besteht darin, das Kerngeschäft als bestehender regionaler Gasversorger gegen den Wettbewerb zu halten, das Stromgeschäft mit neuen Ideen weiter auszubauen und gleichzeitig weitere innovative Geschäftsfelder mit Bezug auf die Wärmeversorgung und die erneuerbaren Energien sowie die E-Mobilität zu erschließen. Nur auf dieser Basis wird es der EVP gelingen, ihre etablierte Stellung als „Regionaler Energieversorger“ zu halten und durch die Vernetzung in der Region sowie durch die bisher sehr gute Zusammenarbeit mit den kommunalen Gesellschaftern diese Basis für die Entwicklung neuer Energiekonzepte zur Einhaltung der Klimaziele der Bundesregierung und damit auch zur Stabilisierung ihrer Marktstellung zu nutzen. Mit Blick auf die weitere Entwicklung der Gesellschaft unter dem Einfluss der Reduzierung fossiler Energieträger wurde mit der Ausrichtung der Gesellschaft auf erneuerbare Projekte begonnen.

Die Ergebnisse von 2022 zeigen die positive Entwicklung der Gesellschaft in diesem energiewirtschaftlich herausfordernden Jahr, das durch die Auswirkungen ausfallender, russischer Gasexporte geprägt war. Bei allen Einschränkungen haben wir unter dem Slogan „Gas und Strom für die Region“ unser Augenmerk auf die stabile Versorgung bestehender und kurzfristig neu hinzukommender Privat- und Gewerbekunden gelegt. Im Zuge der Energiekrise mit drohender Gasmangellage zeigt sich die hohe Bedeutung langfristiger Beschaffung und lokaler Präsenz, da andere Anbieter sich aus dem Markt zurückzogen und häufig kaum erreichbar waren. Hier hat die Energie Vorpommern zum Jahresende hin die Chancen genutzt, neue Kunden zu akquirieren und an den Wettbewerb verlorene Gaskunden zurückzugewinnen.

Ein zentraler Schwerpunkt unserer strategischen Arbeit bleibt die Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit in einem zunehmend aggressiveren Wettbewerbsumfeld, das durch aggressive, kurzfristig angepasste Preise, hohe Neukundenboni und „Haustürgeschäfte“ etablierter Energieversorger für Neukunden geprägt wird. Diese Geschäftsmodelle wurden durch die massiven Preissteigerungen auf den Energiemärkten zum Jahresende beendet. Einige „Energiediscounter“ mussten die Versorgung ihrer Kunden einstellen, was zu einem Anstieg der grundversorgten Gaskunden bei der EVP führte.

Die Kernaufgabe der Gesellschaft, durch eine längerfristige, kostenoptimierte Beschaffung von Erdgas und Strom mit dem Ziel, den Vertrieb mit wettbewerbs- und marktfähigen Preisen zu unterstützen, hat in Anbetracht stark gestiegener Marktpreise den Anstieg der Verkaufspreise bei der EVP nur dämpfen können. Dennoch sind die Kosten für das Lieferjahr 2022 beim Erdgas für Tarifikunden um mehr als die Hälfte und beim Strom sogar auf das Dreifache gestiegen. Daher mussten wir die Gas- und Strompreise für 2022 für die Haushaltskunden deutlich erhöhen.

Der Personalaufbau im Außendienst und die Organisation des Backoffice wurden abgeschlossen. Mit einem festen Personalbestand wollen wir die Stabilisierung im Endkundengeschäft fortsetzen und über die persönliche Betreuung eine noch stärkere Kundenbindung erreichen. Die Expansion in weitere Regionen von Vorpommern und Mecklenburg zur Vermarktung unserer Produkte werden wir fortsetzen. Als Kernpunkte sehen wir dabei unsere Kundenbüros (ENERGIE-Punkte) in den Städten Wolgast, Anklam, Greifswald und den Kaiserbädern. Für den Einsatz im regionalen Bereich haben wir seit 2019 ein Info-Mobil, das in regelmäßigen Abständen in der Region zum Einsatz kommen sollte, um die Arbeit der ENERGIE-Punkte zu unterstützen.

Im Laufe des Jahres konnte die zunächst noch stark eingeschränkte Vertriebspräsenz der Außendienstmitarbeiter im regionalen und überregionalen Gas- und Stromgeschäft mit Geschäftskunden wieder voll aufgenommen werden. Die Mitarbeiter hatten regelmäßigen Kontakt zu den Kunden, um trotz der schwierigen Beschaffungssituationen neue Angebote zu legen und anfallende Probleme zu lösen. Wir glauben, durch diese Unterstützung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bei den Kunden einen Vertrauensbonus gewonnen zu haben, der uns bei einem intensiver und rauer werdenden Wettbewerb künftig Vorteile bietet.

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen stand für uns auch 2022 im Mittelpunkt, konnte aber zunächst nur sehr eingeschränkt mit Aktionen unterstützt werden. Der Schwerpunkt der Kundenbearbeitung war daher die zweite Jahreshälfte.

Wie bereits in den Vorjahren hat die EVP auch 2022 Erdgas als den idealen Partner für den kombinierten Einsatz mit erneuerbaren Energien beworben. Gerade im Zuge der Gaskrise hat das Image unseres Kernprodukte Erdgas gelitten. Kurzfristig hatten die starken, preisinduzierten Sparmaßnahmen im Privat- aber noch mehr im Geschäftskundenbereich eine leicht dämpfende Wirkung auf den Absatz. Der bis dahin bestehende Trend zum Energieträger Erdgas ist daher eingebrochen.

3. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft tätigt derzeit keine Produktentwicklungen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2022 um 5,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresverbrauch gesunken. Wie die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) in ihrem Jahresbericht schreibt, fiel der Energieverbrauch damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Wesentlich geprägt wurde die Entwicklung des Energieverbrauchs sowie der Einsatz der verschiedenen Energieträger im Berichtsjahr durch den Ukraine-Krieg. Der Stopp russischer Gasimporte, der Anstieg der Energiepreise, Maßnahmen zur Bekämpfung einer drohenden Energiekrise und Gasmangellage hatten einschneidende Auswirkungen auf die Versorgung und den Verbrauch von Energieträgern in Deutschland. Verbrauchssenkend wirkten 2022 sowohl die Entwicklung der Energiepreise sowie die im Vergleich zum Vorjahr wärmere Witterung. Die Steigerungen der Verbraucherpreise von 87 Prozent beim Heizöl, 65 Prozent beim Erdgas und mehr als 20 Prozent bei elektrischem Strom trugen genauso wie die milden Temperaturen wesentlich dazu bei, dass eine kritische Zuspitzung auf dem Energiemarkt vermieden werden konnte. Hierdurch nahm der Erdgasverbrauch 2022 um 15,7 Prozent ab, primär getrieben durch preisbedingte Nachfragerückgänge bei großen Industriekunden.

Das Versorgungsgebiet der Energie Vorpommern GmbH ist stark vom Hotel- und Gastromiesektor sowie von Privatkunden mit Ferienhäusern geprägt. Der Anstieg im Bruttoinlandsprodukt von 1,8 Prozent in 2022 wirkt sich dadurch üblicherweise nur begrenzt auf die Geschäftsentwicklung der Region aus. Durch den Krieg in der Ukraine, die steigenden Energiepreisen und die Rekordinflation gab es aber hohe Unsicherheiten, die im Jahr 2022 dämpfend auf diesen Sektor einwirkten.

Die politischen und regulatorischen Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch wettbewerbsorientierte

Maßnahmen beeinflusst wird. Deutschlands Weg zur Klimaneutralität ist im Klimaschutzgesetz vorgezeichnet. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 und mit Blick auf das neue europäische Klimaziel 2030 hat der Bundestag am Freitag, 24. Juni 2022, den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung“ (20/1599, 20/1977, 20/2137 Nr. 6) gebilligt. Um die Klimaschutzziele aus dem Übereinkommen von Paris zu erreichen, will Deutschland spätestens im Jahr 2045 klimaneutral sein. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist dafür auch der Ausbau der Stromnetze von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus ist mit Blick auf die Sektorenkopplung ein Ausbau der Elektromobilität und damit verbundener Ladeinfrastrukturaufbau aber auch eine Elektrifizierung des Wärmesektors zwingend erforderlich.

Mit diesen Maßnahmen wird sich die fossile Energie verteuern und damit aus dem Markt verdrängt. Alternative Energie und Sektorenkopplung werden deutlich zunehmen. Die Kopplung der Sektoren mit Hilfe von bestimmten energieeffizienten Technologien wie Wärmepumpenheizungen, KWK-Anlagen oder Elektroautos wird eine deutliche Senkung des Erdgasverbrauchs zur Folge haben.

Temporäre Maßnahmen für die Milderung der Folgen der Energiepreisanstiege, wie die Auszahlung einer Soforthilfe für Gas- und Wärmekunden im Dezember 2022 und das Aussetzen des Anstiegs der 2021 eingeführten CO₂-Bepreisung für die Bereiche Wärme und Verkehr, werden diese grundsätzliche Entwicklung nicht signifikant ändern. Vielmehr führen die abzufangenden Entwicklungen selbst zu einer weiteren Beschleunigung der Dekarbonisierung.

Da die EVP die Kalkulation ihrer Endkundenpreise auf Basis der Bezugspreise vornimmt, haben wir entsprechend den vertraglichen Bedingungen auf alle Endkundepreise die vorgegebene Höhe der CO₂-Steuer umgelegt. Die Kunden wurden über den Preisanstieg rechtzeitig zum Jahresende informiert. Dies hatte auch Auswirkungen auf den weiteren Geschäftsverlauf und die Entwicklung des Endkundenbestandes. Für große Irritationen bei den Kunden sorgte die im letzten Augenblick abgesagte Einführung der Gasumlage in Kombination mit der kurzfristigen Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas. Da die Entscheidung erst nach Versand der Preisschreiben erfolgt, wurden so in den letzten Monaten des Jahres Werte kommuniziert, die sich im Nachhinein mehrfach im Monatswechsel änderten und zudem in eine Zeit großer Unsicherheit und weiterer Preisanstiege fielen. Dies hatte stark ansteigende Kundenfragen zur Folge, die die Kapazitäten des für den zentralen Kundenservice verantwortlichen Dienstleisters überforderten.

Ein weiterer steter Begleiter der Berichterstattung in den Medien war im vergangenen Jahr natürlich auch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 und die Einstellung der russischen Lieferungen nach Deutschland seit dem Sommer. Die Wirren um die Nord Stream 2-Zerstörung und die Gegenmaßnahmen zum beschleunigten Auffüllen der auffällig leeren Gasspeicher in Mitteleuropa waren zwar nicht die einzige, aber doch eine zentrale Ursache für die Preisturbulenzen in den Großhandelsmärkten für Energie. Diese zwang

zahlreiche Energieanbieter in die Knie, Kundinnen und Kunden mussten massive Energiekostensteigerungen hinnehmen und selbst bei etablierten Versorgern drohten Insolvenzen. In Deutschland wurden mit der Verstaatlichung der Gazprom Deutschland mit den Tochterunternehmen Wingas und den Gasspeichern in Rheden sowie des größten deutschen Importeurs für russisches Erdgas der Uniper sehr einschneidende Maßnahmen ergriffen, um den Markt zu beruhigen. Diese Maßnahmen kamen auch ganz wesentlich der Energie Vorpommern zugute. Die über die Open Grid Europe verordneten Aufkäufe für Speichermengen führen zwar zu Speicherfüllständen, die den milden Winter überstehen ließen, sorgten dafür aber im Vorfeld, seit Jahresmitte 2022 für massiv steigende Gaspreise.

2022 war außerdem das Jahr einer Energiepreisrallye mit großen Preissprüngen an den Märkten. Im Jahresverlauf erhöhte sich der Preis von fossilem Gas zwischenzeitlich – von anfangs 80 Euro je Megawattstunde auf über 300 Euro, bei einem Rekord-Mittelwert von 112,72 Euro je Megawattstunde im Spotmarkt bzw. von 50 auf über 300 Euro mit einem Mittelwert von 118,71 Euro je Megawattstunde für den Terminkontrakt 2023. Infolgedessen wurden Steinkohlekraftwerke verstärkt eingesetzt. Der Mehreinsatz von Kohlekraftwerken erhöhte den CO₂-Ausstoß sowie die Nachfrage von CO₂-Zertifikaten im Europäischen Emissionshandel, wodurch auch der CO₂-Preis im Jahresmittel bei rund 80 Euro je Tonne lag.

Der Börsenstrompreis für das Frontjahr stieg im Jahresverlauf von anfangs rd. 115 Euro/MWh auf bis 985 Euro/MWh bei einem Mittelwert von 298,86 Euro/MWh bzw. im Spotmarkt von rd. 60 Euro auf weit über 500 Euro/MWh bei einem Mittelwert von 235,43 Euro/MWh. Stromkunden bekamen diese starken Preisanstiege an der Börse im vergangenen Jahr je nach Vertragsmodell aber nur gedämpft zu spüren.

Die mit den Börsenturbulenzen steigenden Beschaffungskosten brachten nicht nur mehr oder weniger bekannte Discounter in Nöte. Nachdem E.ON bereits Oktober 2021 das Neukundengeschäft gestoppt hatte, zogen sich im Laufe des Jahres auch immer mehr Stadtwerke aus dem Geschäft außerhalb Ihres angestammten Versorgungsgebietes zurück. Auf den gängigen Vergleichsportalen waren viele Monate kaum Tarife überregionaler Vertriebe zu finden und wenn, dann oftmals weit oberhalb der örtlichen Grundversorgungstarife. Mit dem inzwischen wieder zu verzeichnenden Preisrückgang sind aber inzwischen wieder Anbieter im Neukundengeschäft aktiv.

2. Geschäftsverlauf

Der Verkauf von Erdgas und Strom an Endkunden wird zunehmend anspruchsvoller, die erfolgreiche Beschaffung immer komplexer. Die EVP hat auch 2022 ihren Bezug von Erdgas auf der Grundlage bestehender Bezugsverträge und einer von den Gesellschaftern getragenen Beschaffungsstrategie weiter optimiert. Mit Beschluss durch den Aufsichtsrat wurde bereits 2020 der Bezug für die Jahre 2023 und 2024 unter Einbeziehung der Energie Quader GmbH (EQ) als Dienstleister ausgeschrieben und vergeben. Im Liefermodell 2020 – 2022 beziehen wir das Erdgas für den Absatz an Endkunden auf der Grundlage

eines Risiko- und Beschaffungsleitfadens in monatlichen Tranchen. Darüber hinaus werden Differenzen aus allozierter und bezogener Erdgasmenge nach GELi-Gas über die Mehr-/Mindermengenabrechnung von den Netzbetreibern bezogen bzw. an diese geliefert.

Der Strombezug erfolgt nach Ausschreibung von derzeit einem Lieferanten und kann entsprechend der zunehmenden Kundenentwicklung angepasst werden. Mit Beschluss des Aufsichtsrates wurde auch die Strombeschaffung bereits 2020 ab 2023 durch EQ neu ausgeschrieben und der Risiko- und Beschaffungsleitfaden analog zur Gasbeschaffung angepasst. Der Bezug und die Überwachung erfolgt wie beim Gasbezug über EQ.

Um auf die zunehmend preisorientierten Kundenwünsche im Industrie- und Gewerbekundenbereich eingehen zu können, können über die Lieferanten für Erdgas und Strom Zusatzmengen zu Marktpreisen angefragt und nach Kundenbestätigung beschafft werden. Der Bezug für das Lieferjahr 2023 ist bei Strom und Erdgas abgeschlossen. Bei Erdgas ergeben sich durch die hohe Flexibilität der Liefervereinbarungen keine Kapazitätsprobleme. Durch die prozentual größere Nachfragesteigerung im Strombereich mussten für 2023 Mengen nachgekauft werden, die zu einer Steigerung der Einkaufskonditionen führten.

Mit Beschluss durch den Aufsichtsrat wurden die Ausschreibungen für den Gas- und Strombezug 2023 und 2024 in 2020 abgeschlossen und die Bestellungen in 2021 begonnen. Für die nächsten Jahre wird für den Strom- und Gasbezug jeweils nur ein Lieferant herangezogen.

Der Wettbewerb in der Sparte Gas war 2022 im Bereich Firmenkunden (RLM) und Gewerbe- und Privatkunden (SLP) gerade zu Beginn des Jahres stark. Regionale und überregionale Anbieter nutzten die durch die EVP notwendigen Anpassungen der Gaspreise für Kundengewinne aus. Die Angebote anderer Marktteilnehmer mit zum Teil sehr hohen Wechselprämien erhöhten den Druck auf unsere Margen. Bedingt durch Engpässe in der Beschaffung nahm der Marktdruck zum Jahresende hin ab, so dass wir durch unser persönliches Serviceangebot und die regionale Nähe punkten konnten. Unsere ENERGIE-Punkte (Kundenbüros) vor allem in Wolgast und Anklam werden immer besser angenommen und haben einen großen Anteil bei der Rückgewinnung von Gaskunden und der Neukundengewinnung im Strombereich. Deshalb haben wir seit März 2021 auch für die Region Kaiserbäder einen ENERGIE-Punkt eröffnet.

Ein ähnlicher Verlauf zeigte sich auch bei unserer Vertriebstätigkeit im Segment der kleinen und mittleren Gewerbekunden. Nachdem wir zunächst fast alle Bestandsverträge kündigen mussten, da die Preise nicht mehr zu halten waren, haben wir unsere Maßnahmen zum Neuabschluss (auf höherem Preisniveau) und zur Neukundenakquise zum Jahresende hin intensiviert und konnten nicht nur im Bereich der Hotels und Gaststätten sehr erfolgreich Wiederabschlüsse realisieren und neue Kunden hinzugewinnen.

Im Ergebnis ist der Gasabsatz für 2022 auf 338 MWh gestiegen (rd. 16 GWh mehr als 2021) und liegt somit 5,1 % über dem Niveau des Vorjahres. Dabei kam der wesentliche Zuwachs aus dem Firmenkundengeschäft (+23,6 %). Im Privatkundenbereich blieb der Absatz mit einem Plus von 1,2 % zum Vorjahr weitgehend unverändert.

Um auf die 2022 weiter gestiegenen Beschaffungspreise zu reagieren, wurden insbesondere im Gewerbebereich neue Erdgas- und Stromprodukte mit höheren marktfähigen Preisen eingeführt. Alle Vertragsbeziehungen wurden auf steigende Bezugspreise hin geprüft und die notwendigen Vertragsanpassungen im Rahmen der Vertragsbedingungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Anpassungen haben wir auch Kündigungen zum Jahresende vollzogen. Die Angebote der Gewerbekunden wurden wieder unterjährig geprüft und an die Entwicklung der Bezugspreise angepasst. Nach den Preisanpassungen bietet die EVP ihren Kunden auch weiterhin Preisstabilität je nach Vertragsabschluss bis 2023 an.

Der Erdgasvertrieb konnte durch die höhere Vertriebsmengen aber insbesondere auch durch die höheren Preise einen verbesserten Ergebnisbeitrag leisten. Die Umsatzerlöse stiegen von insgesamt 15,6 Mio. € in 2021 auf jetzt 20,5 Mio. € in 2022 (+31,3 %).

Die bezogene Gasmenge von 355 GWh liegt leicht unter dem Niveau des Vorjahres und wurde auch 2022 noch stark von der Mehr- und Mindermengenabrechnung (16 GWh) beeinflusst. Im Vergleich zu anderen Energieversorgern wirkt sich hier der vorwiegende Absatz in der Tourismuswirtschaft aus. In der Abnahmestruktur haben wir in den Wintermonaten meist Mindermengen – im Sommer dagegen Mehrmengen.

Durch die Absatzsteigerung sind die Kosten für den Gesamtbezug um 35,6 % auf 16,3 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Darin enthalten sind die Aufwendungen für die Netznutzung, die sich aufgrund des gesteigerten Netzabsatzes auf 4,3 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €) erhöht haben.

In der Erdgassparte betrug der Rohüberschuss 2022 4,2 Mio. € und liegt somit 17,1 % über dem des Vorjahres. Diese Entwicklung liegt oberhalb der witterungsgetriebenen Absatzbedingungen im Versorgungsgebiet der EVP und zeigt die gute Entwicklung in einem wettbewerbsintensiven Umfeld (ca. 100 Wettbewerber im eigenen Netz).

Unsere verstärkte Vertriebstätigkeit wirkte sich 2022 vor allem im Erdgasvertrieb aus. Nach einem Rückgang der Kundenzahl konnten wir aber 2022 auch im Strombereich die Kundenzahl wieder steigern. Haupt-Treiber waren Zuwächse im Geschäftskunden-Segment (RLM). Hier konnte ein Zuwachs um 21,3 % von 3,8 GWh auf 4,6 GWh realisiert werden. Aber auch im Privatkunden-Segment (SLP) konnten wir unseren Absatz im Vergleich zum Vorjahr steigern. Hier betrug der Zuwachs 7,7 % von 14,8 GWh auf 15,9 GWh. Im Ergebnis betrug der Absatz 22,3 GWh (+19,4 % zum Vorjahr). Den Umsatz konnten wir im gleichen Zeitraum mit 5,1 Mio. € ebenfalls um 19,3 % gegenüber dem Vorjahresniveau steigern. Mit den bereits vorliegenden Ergebnissen der Akquisition für 2023 können wir wieder von einer positiven Entwicklung in der Stromsparte ausgehen.

Eingehend auf die geänderten Rahmenbedingungen im Vertrieb wird der Vertrieb jetzt vollständig von der EVP mit eigenem Personal durchgeführt. Die EVP kann damit flexibler auf die Herausforderungen des Wettbewerbs reagieren.

Die kaufmännische Betriebsführung einschließlich Wechselprozessen und Abrechnung wurde auch in 2022 weiter durch die SERVICE plus GmbH durchgeführt. Die Grundlagen der Betriebsführung sind im Betriebsführungsvertrag vereinbart. Hier kommt es zunehmend zu Abwicklungsproblemen, da die deutlich gestiegenen Kundenzahlen, häufigere Wechsel und nicht zuletzt erheblichen Mehraufwände und Arbeitsrückständen bei der Abwicklung der staatlichen Vorgaben die auf normalen Geschäftsverlauf ausgelegte Kapazität deutlich übersteigen. Die häufigen und zum Teil gravierenden Regeländerungen bei der Abwicklung vorgegebener Abgaben und insbesondere die nur zum Teil über Systemfunktionen abbildbaren, zusätzliche Aufgaben für die Abwicklung der Sofortmaßnahmen und der Preisdeckel sorgen für einen signifikanten Mehraufwand für Nacharbeiten und manuelle Behebung von Problemfällen. Die reduzierte Service-Qualität führt zu stark erhöhten Kundenbeschwerden und schwächt das Image der Energie Vorpommern als lokaler und verlässlicher Partner. Wir erwarten jedoch, dass der überwiegende Teil dieser Mehraufwände nicht dauerhaften Charakters ist und die Kundenzufriedenheit sich mittelfristig wieder verbessert.

Trotz der vielfältigen Herausforderungen können wir mit gestiegenen Kundenzahlen auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Marke der Energie Vorpommern GmbH „Gas und Strom für die Region“ hat sich weiter positiv entwickelt und die Kundenzahlen konnten durch Neukundengewinnung im Strom- und Gasbereich weiter gesteigert werden. Die Geschäftsleitung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv.

3. Lage

Die Lage des Unternehmens ist geprägt von unserem operativen Geschäft. Insgesamt kann unsere wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

Die EVP als regionaler Versorger mit Strom, Gas und Wärme wird von den Einwohnern des Landkreises Vorpommern-Greifswald und darüber hinaus zunehmend als kundennahes, örtliches Unternehmen wahrgenommen. Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch die ansteigenden Besuche von Kunden in unseren Kundenbüros in Wolgast, in Anklam und in Heringsdorf.

a) Ertragslage

Das Unternehmen erzielte in 2022 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 2,9 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €).

Die Gesamtumsatzerlöse stiegen in 2022 auf 26,3 Mio. € (Vorjahr 20,4 Mio. €), was sowohl auf einen kundenzuwachs- als auch preisbedingt gestiegenen Gasabsatz zurückzuführen ist. Dadurch liegen die Gaserlöse über dem Vorjahresniveau (26,5 %). Die Wärmeerlöse stiegen unter anderem aufgrund neuer bzw. erstmals für ein vollständiges Jahr abgerechneter Kunden spürbar auf 545 T€. Die Stromerlöse erhöhten sich aufgrund einer gewachsenen Kundenzahl und preisbedingt gleichfalls spürbar um 9,1 % auf 5,2 Mio. €. Der Materialaufwand stieg insbesondere infolge mengen- und preisbedingt gesteigener Gasbezugsaufwendungen auf 21,0 Mio. € in 2022. Der Saldo aus Gesamtumsatzerlösen und Materialaufwand beträgt somit in 2022 rd. 5,3 Mio. € (Vorjahr 4,2 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 0,1 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. In 2022 konnten im Wesentlichen etwas höhere Erträge aus dem Eingang bereits abgeschriebener Forderungen erzielt werden.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt mit 1,8 Mio. € moderat über dem Vorjahresniveau. Hier stiegen insbesondere die Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen. So fielen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Nachfolgesuche des Geschäftsführers an. Zudem erhöhten sich die Aufwendungen für Sponsoring und Werbung sowie für Wertberichtigungen auf Forderungen. Im Gegenzug fielen Aufwendungen weg, die im Vorjahr im Zusammenhang mit dem Umzug des ENERGIE-Punktes Wolgast zu verzeichnen waren. Aus dem Ergebnis der Beteiligung an der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH konnten wir einen Ertrag auf Vorjahresniveau in Höhe von 1,3 Mio. € vereinnahmen.

Der Steueraufwand ist im Wesentlichen ergebnisbedingt um 0,4 Mio. € auf 1,3 Mio. € angestiegen.

Das Ergebnis nach Steuern beträgt 2,9 Mio. € nach 2,4 Mio. € im Vorjahr.

b) Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. € auf 25,2 Mio. €.

In 2022 investierte die EVP insbesondere in Wärmecontractinganlagen. Das Anlagevermögen verringerte sich insgesamt dennoch aufgrund auslaufender Abschreibungen für bestehende Sachanlagen geringfügig auf 19,9 Mio. €. Das Anlagevermögen wird weiterhin durch den Beteiligungsansatz an der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH bestimmt.

Das Umlaufvermögen sank insgesamt um 0,9 Mio. € auf 5,3 Mio. €. Während im Vorjahr CO₂-Zertifikate in Höhe von 1.482 T€ beschafft wurden, hatte die EVP bis Jahresende 2022 noch keine entsprechenden Zertifikate erworben. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen lagen mit 3,6 Mio. € etwas unter dem Vorjahresniveau von 3,8 Mio. €. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Stichtag in Höhe von 0,6 Mio. € und beinhalten insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die zusammen mit Forderungen aus der Gewinnabführung sowie Verbindlichkeiten aus dem Finanzclearing mit der Tochter Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH ausgewiesen werden. Im Vorjahr bestanden keine Forderungen. Die sonstigen Forderungen von 0,8 Mio. € (Vorjahr 0,4 Mio. €) betreffen neben Steuererstattungsansprüche insbesondere Forderungen aus dem Finanzclearing mit der HanseWerk AG.

Das Guthaben bei Kreditinstituten befand sich mit 0,4 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme erhöhte sich auf 59,7 % (Vorjahr 56,3 %). Absolut erhöhte sich das Eigenkapital um 0,4 Mio. € auf 15,1 Mio. €.

Die Rückstellungen stiegen deutlich um insgesamt 0,9 Mio. € auf 3,6 Mio. €, was neben einer höheren Rückstellungsbildung für CO₂-Zertifikate und einer insbesondere vertraglich bedingten, einmaligen Anpassung der Pensionsrückstellungen wesentlich auf ergebnisbedingt höhere Steuerrückstellungen zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten liegen mit 6,6 Mio. € unter dem Vorjahresniveau von 8,7 Mio. €. Im Einzelnen sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entsprechend der Tilgungsvereinbarungen auf 1,4 Mio. €. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen um 1,7 Mio. € auf 2,4 Mio. €, was auf eine verzögerte Rechnungstellung durch den Gaslieferanten zurückzuführen ist. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden 2022 nicht. Im Vorjahr wurden insgesamt 1,2 Mio. €, die u.a. Verbindlichkeiten aus dem Finanzclearing mit der Tochter Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH sowie der unter dieser Position ausgewiesenen Forderung aus der Ergebnisabführung beinhalteten. Die sonstigen Verbindlichkeiten, die neben geringeren Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus der Verbrauchsabrechnung insbesondere geringere Verbindlichkeiten aus dem Finanzclearing mit der HanseWerk AG beinhalten, verringerten sich um 2,5 Mio. € auf 2,8 Mio. €. Die Steuerverbindlichkeiten unter anderem aus Umsatzsteuer lagen mit 0,9 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 6,5 Mio. € und ist damit um 7,2 Mio. € höher als im Vorjahr (-0,7 Mio. €). Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt -0,1 Mio. €. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt -2,7 Mio. €. Für das Geschäftsjahr war insgesamt ein Anstieg des Finanzmittelfonds um 3,7 Mio. € zu verzeichnen.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wichtiger Leistungsindikator ist der Jahresüberschuss. Dieser beträgt 2,9 Mio. € und überschreitet die Planung um 0,9 Mio. €, was neben einem höheren Beteiligungsertrag auch auf gestiegene Rohmargen in den Sparten Gas und Strom zurückzuführen ist. Weiterer wichtiger Indikator ist die verkaufte Gasmenge, diese beträgt 338 Mio. kWh und liegt damit hauptsächlich aufgrund von Einsparbemühungen bei den Privatkunden etwas unter der geplanten Verkaufsmenge von insgesamt 345 Mio. kWh.

5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Der Umfang der Aktivitäten zur Förderung eines rationellen und umweltschonenden Energieeinsatzes wird durch ein breites Beratungsangebot sowie durch gezielte Förderprogramme bestimmt. Auch in Vorpommern wurden bereits Maßnahmen ergriffen, um die Ziele der Energie- und Klimaschutzpolitik zu erreichen.

Neben den ersten Ladesäulen für die E-Mobilität in Wolgast und Ahlbeck wurden weitere Ladesäulen in Karlshagen, Usedom und Zinzow errichtet. Weiterhin planen wir die Installation weiterer Ladepunkte, die jedoch infolge der Pandemie noch nicht installiert werden konnten.

Mit der Kundenberatung für Privatkunden in Wolgast, Anklam und den Kaiserbädern werden wir den Bereich der Energieeffizienz und -sparberatungen für Endverbraucher ausbauen und vor allem auch zu den vielfältigen Möglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs, damit auch zur Kostenreduzierung, beraten. Gemeinsam mit unseren Gesellschaftern haben wir unsere Energiegespräche genutzt, um uns mit unseren Kunden insbesondere im Bereich Wohnungswirtschaft und Kommunen zu vernetzen und über den Stand von Projekten auszutauschen. So arbeiten wir unter anderem aktiv in der Region Karlshagen oder Wolgast an erneuerbaren Projekten.

Um unser Angebot durch die Installation von Wallboxen für den Ausbau der E-Mobilität in Privathaushalten auszubauen, haben wir neben dem Angebot von Ladeboxen auch ein Öko-Stromprodukt eingeführt.

Zusammen mit dem Windstrombauer ENERTRAG haben wir 2021 eine Partnerschaft zur Vergabe eines Windstrombonus für Endverbraucher abgeschlossen. Mit Bewohnern der Gemeinde Kassow sollen jetzt in 2023 die ersten Verträge dazu abgeschlossen werden.

Gleichzeitig prüfen wir die Zusammenarbeit mit Dienstleistern im Bereich der Wohnungswirtschaft, um unser Angebot in diesem Bereich weiter auszubauen.

Im Bereich der Nutzung von Wasserstoff haben wir zusammen mit unserer Netzgesellschaft und Projektpartnern im Auftrag des regionalen Planungsverbandes eine Marktanalyse für die Entwicklung von Wasserstoffprojekten durchgeführt. Hieraus werden jetzt beginnend 2023 erste Folgeprojekte abgeleitet.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

In der Prognose noch nicht berücksichtigt sind die schwer abzuschätzenden Folgen des Ukraine-Konflikts. Sein weiterer Verlauf, die Sanktionen gegen Russland und ihre Rückwirkungen auf die europäische Energieversorgung können erhebliche Auswirkungen auf unser Geschäft haben.

Das Absatzvolumen der Energie Vorpommern GmbH ist aufgrund des ausgewogenen Verhältnisses von Privat- und überwiegend im Hotel- und Gaststättenwesen tätigen Geschäftskunden verhältnismäßig unabhängig von der unmittelbaren konjunkturellen Entwicklung. Daher ergeben sich aus konjunkturellen Steigerungen keine nennenswerten Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft. Von zentraler Bedeutung sind jedoch Abweichungen vom langjährigen Temperaturmittel insbesondere in der Heizperiode eines Jahres und die steigende Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten.

Von der derzeitigen Entwicklung der Weltmarktpreise für Erdgas leitet die EVP die Erwartung ab, dass die derzeit wieder rückläufigen Bezugspreise für Gas und Strom Druck auf die bestehenden Verträge ausüben werden. Um keine Margenverluste zu erzielen, sind

Anschlussverträge nur mit starken Preisanpassungen, die sich direkt an der Marktentwicklung orientieren, abzuschließen. Da der Gasbezug für 2023 abgeschlossen ist, gehen wir von stabilen Gaspreisen auf einem höheren Niveau als 2022 für die Endkunden aus. Auch im Stromsegment ist eine Anpassung der Endkundenpreise an die Marktpreise notwendig.

Durch die derzeitigen Unsicherheiten auf den Energiemärkten und die absehbare Wiederaufnahme von Werbeaktionen der Marktakteure geht die EVP im Privatkundenbereich von mittelfristig wieder zunehmenden Kundenverlusten aus. Im Gewerbebereich gehen wir davon aus, dass Kunden bald wieder vermehrt alternative Wechselangebote erhalten. Auf Grund der hohen Altersstruktur der Bevölkerung in unserem Vertriebsgebiet und als Ergebnis von Kundenbefragungen gehen wir von einem steigenden Beratungsbedarf in Fragen der Energieversorgung aus. Deshalb haben wir unser Angebot an Kundenberatungen in Wolgast und Anklam um den Standort Kaiserbäder erweitert. Da wir bedingt durch unser großes Versorgungsgebiet nicht alle Interessenten zu den ENERGIE-Punkten bekommen, werden wir nach Möglichkeit auch 2023 örtliche Veranstaltungen nutzen, um Kunden auf unsere Leistungen hinzuweisen und durch das Angebot der direkten Ansprache die Kundenanzahl zu stabilisieren.

Bei der Wärmesparte gehen wir derzeit nicht von einem weiteren Wachstum aus. Zwar konnten wir durch gezieltes Marketing nicht nur die Zusammenarbeit mit der Wohnungsgesellschaft in Heringsdorf weiter ausbauen, sondern auch erstmals mit der Seetel-Gruppe Contracting-Verträge abschließen und Gasheizungen erneuern. Auf Grundlage der Situation bei den fossilen Energieträgern suchen wir jetzt jedoch nach erneuerbaren Lösungen für unsere Contracting-Anlagen.

Mit Berücksichtigung dieser Faktoren und einer normalen Wetterlage gehen wir in den nächsten Jahren von einer Festigung der Absatzmengen im eigenen Netzgebiet und weiteren Zuwächsen im Umland aus. Vor allem unser Stromangebot mit den weiter wachsenden Kundenzahlen wird uns dabei unterstützen. Trotz Mengenzugewinnen ist aufgrund des Preisdrucks und weiter steigenden Einkaufspreisen nur von insgesamt leicht steigenden Umsatzerlösen und mit einem Rückgang der spezifischen Margen auszugehen.

Da unsere Marktanteile im Versorgungsgebiet mittelfristig weiter abnehmen, werden wir uns verstärkt auf neue Versorgungsgebiete im unmittelbaren Umland konzentrieren und ggf. auch strategische Vertriebspartnerschaften eingehen. Dabei soll uns auch die Entwicklung und Ausstrahlung unserer Marke im Umland helfen.

Entsprechend unserer derzeitigen Bezugsstruktur können wir die Entwicklung an den Energiemärkten nur mit einer zeitlichen Verzögerung abbilden. Gemäß der aktuellen EEX-Preise erwarten wir für 2023 noch steigende, für die Folgejahre dann wieder fallende Bezugskonditionen. Der wieder zunehmende Marktdruck kann sich negativ auf unsere Vertriebsziele für 2023 und 2024 auswirken.

Vorbehaltlich der schwer einzuschätzenden Risiken aus Preisen und Verfügbarkeiten gehen wir derzeit davon aus, dass wir im laufenden Geschäftsjahr an das gute operative Ergebnis von 2022 anknüpfen können.

Ausgehend von der derzeitigen Entwicklung planen wir für 2023 einen Jahresüberschuss von ca. 3,0 Mio. € und einen Umsatz von ca. 54 Mio. €.

V. Chancen- und Risikobericht

Im Rahmen der energiewirtschaftlichen Aktivitäten ist die EVP unterschiedlichen Chancen und Risiken ausgesetzt. Der Erfolg hängt im Wesentlichen von einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Risiken ab. Allerdings gibt es durch den russischen Angriff auf die Ukraine und die starke Beschleunigung des Umbaus der Energiewirtschaft hin zu erneuerbaren Energien neue Unwägbarkeiten. Welche Auswirkungen diese Effekte auf den auf den Geschäftsverlauf der EVP haben werden, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Die Energie Vorpommern GmbH ist unmittelbar und vollumfänglich in die Risikomanagementsysteme der Betriebsführer HanseWerk AG und SERVICE plus GmbH eingebunden. Diese haben auf Basis der geltenden Richtlinien mit entsprechenden Dokumentations- und Meldepflichten ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das sicherstellt, dass die Geschäftsführung regelmäßig über die Risikosituation angemessen informiert wird, um entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Der Aufsichtsrat wird im Rahmen der Quartalsberichte regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens unterrichtet.

Zur Auswertung von Kennzahlen haben wir ein Reportingsystem aufgebaut. Das Reporting unterstützt die Unternehmensführung bei der operativen und strategischen Unternehmensführung. Durch den kaufmännischen Dienstleister der EVP, die SERVICE plus GmbH, wird dieser Report auf der Grundlage einer Vielzahl von Unternehmensdaten aus verschiedenen Systemen anhand von Merkmalen gruppiert, verdichtet und stichtagsbezogen dargestellt. Über die Finanzwirtschaft (Liquidität, Forderungen und Verbindlichkeiten) bis zur Beschaffung, Abrechnung und zu den Vertriebsaktivitäten wird monatlich der Stand des Unternehmens dargestellt. Die Berichterstattung ermöglicht es der Geschäftsführung, sich unterjährig einen Überblick zu verschaffen und bei Bedarf schnell konkrete Themen weiter zu vertiefen oder auf sich abzeichnende Tendenzen einzuwirken.

Hervorzuheben sind die Auswertungen der Aktionen und Vorgänge im Kundenkontaktmanagement sowie der Vertriebsaktivitäten. Die monatlichen Ergebnisse werden ausgewertet und als Vertriebsreport monatlich als Basis der weiteren Vertriebsarbeit genutzt. An einer weiteren Spezialisierung unter Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen wird derzeit in Zusammenarbeit mit weiteren Beteiligungen der SERVICE plus GmbH gearbeitet.

1. Risikobericht

Die Risikoberichterstattung gibt den Stand von Ende April wieder. Welche Auswirkungen der Ukraine-Konflikt und die aktuell sehr starken Preisbewegungen haben werden, ließ sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhersagen.

Nennenswerte Risiken, denen wir entweder mit Risikokompensation, -reduzierung bzw. -vermeidung oder aber mit vertretbarer Risikoakzeptanz begegnen, stellen sich wie folgt dar:

Branchenspezifische Risiken:

Branchenspezifische Risiken der Energiewirtschaft sind das Marktpreis- und Mengenrisiko sowie das Strukturierungsrisiko bei der Beschaffung und dem Absatz von Energie. Die Risiken auf der Beschaffungsseite reduzieren wir im Rahmen unseres Risikohandbuchs durch Vollversorgungsverträge und Tranchenbeschaffung.

Sollte es wegen der engen Import-Situation für Erdgas zu Lieferbeschränkungen kommen, wäre damit zu rechnen, dass die Energiepreise auf längere Sicht hoch bleiben. Auch ausbleibende Lieferangebote von Großhändlern schränken die Auswahl und das Preisangebot ein. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass die Wirtschaft in Deutschland in eine Rezession fällt und damit die Energiepreise wieder nachgeben.

Weitere Risiken ergeben sich aus Preisanpassungen und deren Umsetzung bei der Weitergabe an den Kunden sowie der Rechtsprechung.

Die zunehmenden Abwicklungsprobleme durch gestiegene Kundenzahlen und nicht zuletzt erheblichen Mehraufwände für staatliche Maßnahmen führen zu einer reduzierten Service-Qualität, stark erhöhten Kundenbeschwerden und einer Schwächung des Images der Energie Vorpommern als lokaler und verlässlicher Partner. Da wir davon ausgehen, dass sich die Situation mittelfristig wieder verbessert und die Kundenzufriedenheit dann wieder verbessert, sehen wir dieses als temporäres Problem und damit als beherrschbares Risiko.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Ertragsorientierte Risiken

Die Grundgeschäfte der EVP sind den üblichen energiewirtschaftlichen und wettbewerblichen Risiken ausgesetzt. Um hier mithalten zu können, gilt es, in einem sich schnell ändernden Umfeld eine ebenso flexible Anpassung der Denk- und Arbeitsweisen umzusetzen. Das liberalisierte Marktumfeld, in dem sich die EVP bewegt, unterliegt einer stark steigenden Wettbewerbsintensität. Der Margendruck nimmt stetig zu. Kunden vergleichen bei steigenden Bezugspreisen immer bewusster Preise und wechseln ihren Energieversorger. Die historisch sehr hohen Gas- und Strompreise im Berichtszeitraum verstärken den Preisdruck und die Wechselbereitschaft erheblich und bringen die Gefahr mittelfristig zunehmender Kundenverluste. Deshalb sind wettbewerbsfähige Marktpreise und ständig weitere attraktive, neue Angebote erforderlich.

Wie die Ergebnisse der letzten Geschäftsjahre zeigen, sind die Umsätze und damit das Ergebnis in hohem Maße witterungsabhängig. Ungewöhnlich milde Wetterphasen während der Herbst- und Wintermonate können sich negativ auswirken.

Zugleich existiert noch ein Risiko aus Take-or-pay Vereinbarungen mit den Energielieferanten. Dieses Risiko ergibt sich neben den witterungsbedingten Faktoren jetzt zusätzlich durch den Wegfall der Abnahmen durch Kaufkraftprobleme der Kunden.

Aufgrund der langfristigen Beschaffungsstrategie kann die Gesellschaft nicht immer in vollem Umfang auf den teilweise aggressiven Markt reagieren. Die Beschaffungsstrategie gewinnt jedoch zunehmend an wirtschaftliche Bedeutung und ist entscheidend dafür, ob eine Belieferung überhaupt positive Margen erzielen kann. Neue Vertriebsstrategien, neue Märkte und neue Produkte erfordern eine flexible und auf die Bedürfnisse des Vertriebs ausgerichtete Beschaffung.

Weiterhin hat die Bundesregierung 2021 mit einem neuen Gesetz die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern geschützt. Künftig sollen für die Unternehmen schärfere Vorgaben für Vertragsverlängerungen und für Kunden kürzere Kündigungsfristen gelten. Auch bei unerwünschter Telefonwerbung sind Verbesserungen vorgesehen. Eine ursprünglich erwogene generelle Verkürzung der Höchstlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren auf ein Jahr gibt es aber nicht. Eine Laufzeitvereinbarung von mehr als einem Jahr soll nur noch wirksam sein, wenn dem Verbraucher auch ein Angebot über die gleiche Leistung mit einer Laufzeit von einem Jahr gemacht wird – und zu einem Preis, der den für den Vertrag mit der längeren Laufzeit nicht um mehr als 25 Prozent im Monatsdurchschnitt übersteigt. Das schränkt die preislichen Spielräume erheblich ein. Weiterhin sollen künftig Verträge nur noch automatisch für einen Zeitraum zwischen drei Monaten bis hin zu einem Jahr verlängert werden können, wenn Unternehmen „rechtzeitig“ auf Kündigungsmöglichkeiten hinweisen. Außerdem soll die Kündigungsfrist auf einen Monat verkürzt werden. Die Einschränkungen bei der Telefonwerbung könnten uns bei den Vertriebsaktivitäten unterstützen. Noch nicht einschätzen können wir derzeit den Aufwand und die finanziellen Auswirkungen bei der jährlichen Übergabe von Angeboten an die Privatkunden.

Sonstige Risiken

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, schwankenden Preisniveaus und erhöhten gesetzlichen Regelungen. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Stabilität sehen wir uns durch unser Risikomanagement für die Bewältigung der künftigen Risiken aber gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Dennoch können Veränderungen des politischen und regulatorischen Rahmens erhebliche negative Auswirkungen auf das Geschäft der EVP haben.

Das Geschäftsjahr war auch durch die Auswirkungen der Kaufkraft-Änderungen der Kunden geprägt. Die EVP war und ist durch die Pandemie wirtschaftlich mittelbar und unmittelbar im Bereich Tourismus tangiert und so indirekt von Kostensteigerungs- oder Inflationsängsten betroffen.

Als Betreiber von kritischer Infrastruktur lief das operative Geschäft, den Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung angepasst, weitestgehend normal weiter. Jederzeit wurde die Versorgungssicherheit im Netzgebiet gewährleistet.

Preisbedingte Anstiege von Forderungsausfällen konnten im Berichtszeitraum noch nicht registriert werden. Aus Kundenkontakten sind aber Schwierigkeiten absehbar, die in Einzelfällen die Leistungsfähigkeit des Kunden überfordern. Daher sind hier zunehmende Forderungsausfälle absehbar. Hierfür wurden in der Kalkulation der Preise entsprechende Vorkehrungen getroffen, die die Folgen abfangen sollen. Derzeit sind aber keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar.

Weitere externe Risiken ergeben sich aus dem regulatorischen Umfeld und den Kartellbehörden des Landes oder des Bundes. Das regulatorische Risiko besteht darin, geplante Netzentgelte der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH künftig aufgrund von Entscheidungen der BNetzA nicht erlösen zu können. Ein sinkendes Beteiligungsergebnis wäre die Folge. Wir begegnen dieser Entwicklung mit kontinuierlichem Kosten- und Assetmanagement sowie durch die regelmäßige Analyse und Bewertung unseres strategischen Geschäftsfeldes.

Rechtliche Risiken können sich durch einen Ausfall des Vorlieferanten der EVP ergeben. Dabei muss die EVP Erdgas neu beschaffen und ggf. diese Preiserhöhungen an die Endkunden weitergeben. Klagen der Kunden wegen dieser Preisanpassungen können nicht ausgeschlossen werden. Dieses Risiko ist durch staatliche Eingriffe, wie die Verstaatlichung wesentlicher Akteure, aber signifikant gemindert worden.

Weitere rechtliche Risiken für die EVP ergeben sich durch die derzeitige Rechtsprechung auch im Zusammenhang mit der Corona-Krise oder den aktuellen Preisdämpfungsmaßnahmen. Dies betrifft sowohl mögliche aktive Klageverfahren von Kunden als auch die gerichtliche Durchsetzung von Forderungsansprüchen und die Vermeidung von Verjährungen durch Mahnbescheiderstellung.

Ukraine-Krieg

Der seit dem 24. Februar 2022 herrschende Krieg in der Ukraine und die von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland haben Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und Energiewirtschaft. Steigende Preise für Strom, Gas und weitere Rohstoffe sowie mögliche Lieferengpässe haben zu höherer Inflation und geringerem Wirtschaftswachstum geführt. Für die EVP können sich hierdurch auch zukünftig noch einmal höhere Aufwendungen für die Energiebeschaffung ergeben. Bei der Beschaffung von Materialien und Dienstleistungen kann es zu deutlichen Preissteigerungen und Lieferengpässen kommen. Eine Unterbrechung der Gasversorgung für Haushaltskunden halten wir im laufenden Jahr jedoch für unwahrscheinlich. Die auch durch den Ukraine-Krieg beschleunigte Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik wird nicht nur die Abhängigkeit von russischem Erdgas verringert, sondern die Abkehr von fossilen Energien generell beschleunigen. Hieraus sind mittelfristig Auswirkungen auf das Geschäft der EVP zu erwarten, die die EVP durch den Ausbau erneuerbarer Projekte und Aufbau eines eigenen Portfolios erneuerbarer Erzeugung begegnen will.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und damit verbundene Liquiditätsrisiken haben sich durch die Preisveränderungen und die Maßnahmen zur Preisdeckelung erhöht. Die EVP verringert diese aber durch die Einbindung in das Cash-Pooling der HanseWerk AG. Im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages und weiterer Vereinbarungen erfolgt die Überwachung der Ausfallrisiken über ein unternehmensweites Forderungsmanagement. Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

2. Chancenbericht

Durch die enge Zusammenarbeit mit den Betriebsführern HanseWerk AG und SERVICE plus GmbH wurde in den vergangenen Jahren eine breite Datenbasis für Entscheidungsfindungen und zum Risikomanagement aufgebaut. Der Geschäftsleitung stehen durch die Einbindung in Informationsflüsse aus verschiedenen Kooperationen und durch die Mitarbeit in branchenbezogenen Arbeitskreisen aktuelle Informationen über wirtschaftliche, politische und rechtliche Veränderung in der Energieversorgung zur Verfügung.

Aufgrund der Attraktivität der Region, seiner geografischen Lage und speziell des Versorgungsgebietes der Insel Usedom kann eine Stabilisierung des Absatzes und eine weitere Verdichtung des bestehenden Versorgungsnetzes erwartet werden. Investitionen werden vor allem in den Ausbau der Infrastruktur, des Gastgewerbes aber auch des Gesundheitstourismus erwartet. Regelmäßig wachsende Besucher- und Gästezahlen bestätigen die Entwicklung. Saisonverlängernde Maßnahmen und Aktivitäten in der Region unterstützen den Prozess.

Der intensive Wettbewerb führte 2022 zu weiteren Veränderungen in der Kundenstruktur. Im Rahmen der derzeitigen Situation auf den Energiemärkten werden wir unsere Kundenstruktur prüfen und uns ggf. von Kunden mit einem unattraktiven Marge/Risiko-Verhältnis trennen. Ziel ist es, vor allem durch eine Verstärkung der Vertriebsaktionen weitere Kundenpotentiale aus der Rückgewinnung verlorener Privatkunden im Netzgebiet der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH zu erschließen. Weiterhin werden wir auch 2023 unser Stromgeschäft ausbauen. Steigerungen erwarten wir vor allem im Ausbau der Gaslieferungen über das Versorgungsgebiet der Gasversorgung Vorpommern Netz GmbH hinaus. Im überregionalen Gasgeschäft liegen interessante Wachstumschancen, womit wir Mengenverluste im Kernversorgungsgebiet abfangen und mittelfristig wieder Absatzsteigerungen erreichen werden.

3. Gesamtaussage

Die Ergebnisse für 2022 sichern uns ein stabiles Fundament. Der EVP ist es gelungen, sich als regionaler Gasversorger und seit der Umfirmierung ab November 2016 auch als Energieversorger im Wettbewerb zu etablieren und ein Image als regionaler, sicherer und zuverlässiger Energieversorger gegenüber anderen Anbietern aus der Region aufzubauen. Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir in der derzeitigen Preisentwicklung und einem weiterhin schwierigen Wettbewerbsumfeld. Durch organisatorische Maßnahmen und die kontinuierliche Anpassung des Risikomanagementsystems sollen derartige Risiken in der Zukunft frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Wenn die Auswirkungen der Preisentwicklung und Verfügbarkeitsproblemen zeitlich begrenzt bleiben und die EVP die Anpassung der Energiewirtschaft aktiv mitgestaltet, bestehen aus heutiger Sicht für die Zukunft keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Die Forderungen werden über ein effizientes Mahnwesen überwacht und Ausfälle minimiert.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Neben dem Geschäftssitz in Trassenheide nutzt die EVP ein Kundenbüro in Wolgast, in Anklam, in Heringsdorf und weitere Vertriebsbüros in der Niederlassung der HanseGas AG in Greifswald.

Trassenheide, 04.05.2023

Geschäftsführer der Energie Vorpommern GmbH



Udo Arndt



Andreas Wollkopf